



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

IX. Legislaturperiode

Sitzung Nr. 11 vom 27. Juni 2005

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 bis 21.50 Uhr

Leitung: V. Dubi

Anwesend: 37 Mitglieder

Abwesend: A. Achermann, A. Emmerth, S. Rysler

Protokollgenehmigung: Das Protokoll der 10. Sitzung vom 30.5.2005 wird genehmigt.

Präsidentin:

Protokoll:

Verena Dubi

Brigitte Christen

Mitteilungen der Präsidentin Verena Dubi:

- Üblicherweise wird zum Abschluss des Amtsjahrs etwas geboten. Sie hat ein Ensemble der JMS eingeladen. Dieses wird während der Auszählung der Wahlzettel spielen.
- Das Büro des Einwohnerrats hat folgende Stimmenzähler für das kommende Amtsjahr ernannt: Christoph Meier, SVP; Jürg Humbel, FDP und neu Daniel Gorba, SP.
- Sie hat die Generalversammlung der Pfliegewohnungen besucht und einen sehr guten Eindruck gewonnen.
- Sehr bedauerlich ist, dass bereits wieder ein Rücktritt gemeldet werden muss. Kaspar Birkhäuser von den Grünen ist heute letztmals anwesend. Er rückte im Oktober 1998 für S. Baldesberger nach. Er wirkte im Jahr 2000 mit in der Spezialkommission Behörden- und Kommissionsreglement. Seit einem Jahr war er Mitglied der Bau- und Planungskommission. Mit ihm scheidet sozusagen das Gewissen des Rats aus. Angenehm aufgefallen ihm sind seine ruhige, konsequente Haltung, Beharrlichkeit sowie seine soziale Ader. Die Demission erfolgt aus Zeitgründen.
- Durch die Absenz von drei Mitgliedern beträgt die Zweidrittels-Mehrheit 25, was für die Abstimmung über den Steuerfuss entscheidend sein wird.

Neu eingereichte persönliche Vorstösse :

- Dringliche Motion der GRPK vom 9.6.2005 betreffend Steuersatz-Senkung (vgl. Traktandum 5)
- Interpellation der CVP-Fraktion vom 27.6.2005: Stellungnahme des Gemeinderats an die Finanz- und Kirchendirektion des Kantons Baselland zum Instrumenten-Landesystem auf Piste 34 des Flughafens Basel-Mulhouse (Gesch. Nr. 74)

Auf mündliche Erläuterungen wird verzichtet.

Traktandenliste:

	Gesch. Nr.
1. Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2005: Wahl Präsidium des Einwohnerrats für das Amtsjahr 2005/06	66
2. Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2005: Wahl Vizepräsidium des Einwohnerrats für das Amtsjahr 2005/06	67
3. Antrag des Büros des Einwohnerrats vom 11.3.2005: Wahl Präsidium bzw. Vizepräsidium der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für das Amtsjahr 2005/06	68
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 31.5.2005 und Bericht der GRPK vom 9.6.2005: Strategischer Entwicklungs- und Finanzplan 2004 - 2012	70
5. Dringliche Motion der GRPK vom 9.6.2005: Steuersatz-Senkung	72
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.6.2005: Rückständebericht <i>Geschäftskreisführung: C. Simon</i>	62
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2005: Genehmigung von Abrechnungen diverser Bauobjekte und Anschaffungen	69
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.6.2005: Liquidation der Wasserkasse	71
9. Motion CVP-Fraktion vom 31.1.2005 Parkraumbewirtschaftung Stellungnahme des Gemeinderats betr. Überweisung	47
10. Postulat SVP-Fraktion vom 27.5.2005 Massnahmen gegen Plakatschändungen Stellungnahme des Gemeinderats betr. Überweisung	64
11. Interpellation vom 27.5.2005: ILS auf Piste 34 des Flughafens Basel-Mulhouse Schriftliche Antwort des Gemeinderats	63
12. Diverses	

Traktandum 1**Geschäft Nr. 66**

Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2005:

Wahl Präsidium des Einwohnerrats für das Amtsjahr 2005/06Eintreten:

FDP: *M. Ziegler* schlägt Markus Metz zur Wahl vor. Er ist allen bestens bekannt und hat im vergangenen Jahr als Vizepräsident amtiert.

://: Als Präsident des Einwohnerrats für das Amtsjahr 2005/06 wird bei einem absoluten Mehr von 19 Stimmen mit 35 Stimmen gewählt:
Markus Metz, FDP

FDP: *M. Metz* dankt für das ihm entgegen gebrachte Vertrauen. Er wird alles daran setzen, die gepflegte Diskussionskultur, welche seine Vorgängerin V. Dubi aufgebaut hat, weiterzuführen.

Traktandum 2**Geschäft Nr. 67**

Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2005:

Wahl Vizepräsidium des Einwohnerrats für das Amtsjahr 2005/06Eintreten:

SVP: *U. Rediger* stellt die Kandidatin seiner Fraktion vor: Esther Kohl ist seit 1997 Ratsmitglied. Seit 1998 ist sie zudem Mitglied der FRPK bzw. der heutigen GRPK. Während zwei Jahren war sie auch im Büro des Einwohnerrats sowie in zwei Spezialkommissionen aktiv. Seit Juli 2004 ist sie als Fraktionspräsidentin wieder im Büro. Sie engagiert sich in der Jugendarbeit und für die Betreuung älterer Menschen. Beruflich ist sie Geschäftsführerin der Seyfert AG, welche auf Küchenplanung und -bau spezialisiert ist. Sie hat eine erwachsene Tochter. Sie ist eine kompetente Frau und wird von der SVP-Fraktion sehr zur Wahl empfohlen.

://: Als Vizepräsidentin des Einwohnerrats für das Amtsjahr 2005/06 wird bei einem absoluten Mehr von 19 Stimmen mit 34 Stimmen gewählt:
Esther Kohl Seyfert, SVP

Traktandum 3**Geschäft Nr. 68**

Antrag des Büros des Einwohnerrats vom 11.3.2005:

Wahl Präsidium bzw. Vizepräsidium der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für das Amtsjahr 2005/06

Präsidentin V. Dubi weist darauf hin, dass der Antrag für die Rochade im Präsidium während des kommenden Amtsjahrs im Büro beschlossen wurde. Daher werden Stille Wahlen vorgeschlagen.

Gegen dieses Verfahren wird kein Einwand erhoben.

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

- ://:** **3.1. In Stiller Wahl wird Verena Dubi, SP, zur GRPK-Präsidentin für das Amtsjahr 2005/2006 gewählt.**
- 3.2. In Stiller Wahl wird Markus Metz, FDP, zum GRPK-Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2005/2005 gewählt.**

Traktandum 4**Geschäft Nr. 70**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 31.5.2005 und Bericht der GRPK vom 9.6.2005:

Strategischer Entwicklungs- und Finanzplan 2004 - 2012

Eintreten:

FDP: *M. Ziegler:* Das wichtige Dokument widerspiegelt klar die linke Mehrheit des Gemeinderats und ist deshalb nicht sehr ausgewogen. Es liest sich beinahe wie ein rot-grünes Parteiprogramm. Entsprechend liegen die Schwerpunkte bei den Themen Ökologie und Verkehr, wobei allerdings ein Hinweis auf die Südumfahrung im Leimental fehlt, welche für Binningen eine deutliche Entlastung brächte. Der SEF enthält einige Projekte, welche bereits vom Parlament beschlossen worden sind und somit zwingend umgesetzt werden müssen.

SP: *A. Braun* gibt die Fraktionsmeinung bekannt. Geschätzt wird der Plan bezüglich Inhalt als auch wegen seiner übersichtlichen Darstellung von Massnahmen und Zielen. Die Leitsätze sind ein guter Kompass für die folgenden drei Jahre. Etwas knapp wird der Bereich Bildung abgehandelt. Häufig steht zu lesen "es wird geprüft"; seine Fraktion würde eine klarere Aussage bevorzugen. Auffallend ist, dass zahlreiche Massnahmen für ältere Menschen, hingegen wenig für Jugendliche aufgeführt sind. Der Finanzplan geht von realistischen Rahmenbedingungen aus. Der Selbstfinanzierungsgrad wird, unabhängig vom Steuerfuss, markant absinken. Sparpakete von Bund und Kanton könnten den Plan noch wesentlich beeinflussen. Die Investitionen sollen zu mindestens 85 % umgesetzt werden. Der Schwerpunkt wird auf die Gemeindeliegenschaften gelegt, einmal abgesehen vom Schlosspark.

SVP: *E. Kohl* gibt bekannt, dass ihre Fraktion dem SEF weitgehend zustimmen kann. Der Individualverkehr wird allerdings vernachlässigt behandelt. Einigkeit mit dem Gemeinderat herrscht bezüglich Umsetzung der bereits vor längerer Zeit beschlossenen Vorhaben. Vermehrtes Gewicht sollte auf die Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden gelegt werden.

CVP: *K. Amacker* äussert sich als Fraktionssprecherin ebenfalls positiv zum SEF. Das Legislaturprogramm ist klar strukturiert mit Leitsätzen, Schwerpunkten, Zielen und Massnahmen. Begrüssert wird insbesondere das klare Bekenntnis für ein wohnliches Binningen mit der entsprechenden raumplanerischen, verkehrstechnischen und ökologischen Gewichtung. Diese könnte allerdings zusätzlich vermehrt ein modernes Schulwesen, Familienfreundlichkeit und Fluglärmschutz umfassen. Was bereits der SP-Sprecher erwähnte, möchte sie unterstreichen, nämlich dass nicht nur geprüft sondern konkret umgesetzt werden soll. Der Finanzplan zeigt erneut die ausgezeichnete Situation der Gemeinde. Deshalb wird die dringliche Motion zur Steuereffuss-Senkung klar befürwortet. Auch der Investitionsplan, welcher die Umsetzung von bereits länger geplanten Projekten ankündigt, wird befürwortet.

Grüne/EVP: *R. Bänziger* merkt positiv an, dass einige Schwerpunkte aus der Zukunftskonferenz bereits im SEF eingeflossen sind, wie z. B. die Begrünung von Binningen, ein schönes Ortsbild, gute Wohnqualität, Pflege der Naherholungsgebiete. Erfreulich ist zudem, dass vermehrt nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit gehandelt sowie mehr erneuerbare Energien eingesetzt werden sollen. Die Vorlage dürfte jedoch ein stärkeres Engagement für die Jugend enthalten.

Stellungnahme des Gemeinderats: *C. Simon* bestreitet nicht, dass der Gemeinderat oft um Formulierungen gerungen hat und dabei vorsichtig war. Für die Verspätung der Vorlage des Legislaturprogramms entschuldigt er sich. Allerdings wurde seit Herbst 2004 intensiv daran gearbeitet. Es wurde darauf geachtet, dass der SEF analog den Leistungsaufträgen strukturiert wurde.

Detailberatung:

FDP: *M. Ziegler* ist aufgefallen, dass der Gemeinderat bei der Produktgruppe 4 Gesundheit sowohl das ambulante wie auch das stationäre Altersangebot ausbauen will. Er meint, dass wenn das ambulante Angebot verbessert wird, die Nachfrage nach stationärer Betreuung eigentlich abnehmen müsste. Die Exekutive wird deshalb gebeten, darauf zu achten, dass keine Fehlplanungen entstehen. Seines Wissens liegen auch entsprechende Studien vor.

Grüne/EVP: *U. von Bidder* hat bei der letzten SEF-Planung am Ende der Legislatur eine Standortaufnahme und abschliessende Bewertung vermisst. Positiv ist, dass der Gemeinderat in drei Jahren eine solche vornehmen will.

SVP: *E. Kohl* hält fest, dass der SEF zum Thema Bildung sehr wenig enthält. Auch hier will der Gemeinderat lediglich prüfen. Nachdem Bottmingen Tagesschulen eingeführt hat, müsste der Kontakt zur Nachbargemeinde aufgenommen und eine allfällige Koordination in Betracht gezogen werden. Überdies stossen der Fraktion die Wörter "Langsamverkehr und Begegnungszone" auf. Im Einwohnerrat wurden auch dank Unterstützung der SVP Tempo 30-Zonen beschlossen. Sie fragt sich, ob nun das Tempo noch mehr verlangsamt werden soll. Einmal mehr möchte sie an dieser Stelle das revidierte Parkraumreglement monieren.

Stellungnahme des Gemeinderats: *M. Joset* versichert, dass z. B. die Einführung von Tagesschulen geprüft wird und je nach Resultat dem Einwohnerrat eine Vorlage unterbreitet wird. Dies kann durchaus auch früher als im SEF angegeben der Fall sein.

Gemeindepräsident C. Simon erläutert zum Stichwort Begegnungszone, dass es hier um den Dorfplatz geht und insbesondere um das Areal vor der Verwaltung. Voraussichtlich im August wird der Rat eine entsprechende Vorlage erhalten.

Gemeinderat J. Saxer bemerkt, dass im Gegensatz zum Legislaturprogramm der aktualisierte Finanzplan jährlich vorgelegt wird. Auf Seite 16 sind die Rahmenbedingungen aufgeführt. Er weist darauf hin, dass bei den Steuereinnahmen ab 2005 nicht nur eine lineare Zunahme um 3 % berechnet wurde, sondern auch die Basis der Einnahmen um 1.5 Mio. angehoben wurde. Dies beeinflusst auch die Budgetierung. Bezüglich Investitionen ist die Aussage der GRPK nicht nachvollziehbar. Demnach soll bei Realisierung der im Investitionsplan vorgesehenen Projekte der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad über acht Jahre im Jahr 2009 unter 100 % sinken; insbesondere bei den Liegenschaften im Finanzvermögen zeige sich eine erhebliche Erhöhung der geplan-

ten Investitionen gegenüber dem letzten Plan. Festzuhalten ist: Im Investitionsplan 2005 bis 2012 sind total 15.2 Mio. und im Investitionsplan 2004 - 2011 waren immerhin 18.66 Mio. für Liegenschaften im Finanzvermögen vorgesehen.

://: Der Strategische Entwicklungs- und Finanzplan 2004 - 2012 wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum 5

Geschäft Nr. 72

Dringliche Motion der GRPK vom 9.6.2005:

Steuersatz-Senkung

GRPK-Präsident M. Metz erklärt, dass die Dringlichkeit sich deshalb aufdrängt, weil die Steuern rückwirkend auf Anfang Jahr gesenkt werden sollen. Wenn nicht jetzt gehandelt wird, wird der Bearbeitungsaufwand zu gross.

Mit 31 Ja, 3 Nein bei 3 Enthaltungen wird beschlossen:

://: 5.1 Die Motion wird als dringlich erklärt.

Eintreten:

SP: *S. Zürcher* hält fest, dass seine Fraktion unterschiedlicher Meinung, aber nicht grundsätzlich gegen eine Steuersenkung ist. Probleme hat die Fraktion eher mit dem unüblichen zeitlichen Vorgehen. Der Steuersatz soll in Zukunft wieder ausschliesslich mit dem Budget festgelegt werden. Einige Fraktionsmitglieder haben mit gutem Grund Bedenken, dass - bevor die Steuern wieder erhöht werden können - viele Sparübungen mit zähem Ringen auf Kosten einiger Gruppierungen durchexerziert werden müssen. Ein flexibler Steuerfuss ist wünschbar. Die Fraktion ist bereit, der bürgerlichen Seite gegenüber das Vertrauen entgegen zu bringen und zählt darauf, dass diese ihrerseits bei Bedarf einer Erhöhung zustimmen wird. Die Fraktion stellt einen Zusatzantrag mit folgendem Wortlaut: *Basierend auf den Prognosen des SEF wird der Gemeinderat beauftragt, dem Budget 2008 wieder den Steuerfuss von 48 % für die Einkommens- und Vermögenssteuer zugrunde zu legen.*

FDP: *M. Ziegler* nimmt für seine Fraktion in Anspruch, dass der letzte Antrag auf Steuererhöhung von bürgerlicher Seite gestellt wurde. In Anbetracht der guten Finanzlage kann von Sparen im eigentlichen Sinn des Wortes keine Rede sein; vielmehr müsste von weniger grossem Anstieg der Ausgaben gesprochen werden. Die Fraktion unterstützt im Sinne eines Zugeständnisses und der Kooperation den Zusatzantrag der SP.

SVP: *E. Kohl* meint, dass keine dringliche Motion nötig gewesen wäre, wenn die SP-Fraktion anlässlich der Debatte der Rechnung 2004 vor einem Monat einer Steuersenkung zugestimmt hätte. Übrigens hat der Gemeinderat selbst die letzte Steuersenkung beantragt. Auch die SVP stimmt Ja zum Antrag der SP.

Grüne/EVP: *M. Schmidli* hält eine Senkung der Steuern für dieses und nächstes Jahr für vertretbar. Mit dem Budget 2007 ist der Steuerfuss jedoch wieder nach oben zu korrigieren, und zwar auf 50 %; denn wenn der Satz von 48 % beibehalten wird, sinkt der Selbstfinanzierungsgrad im Jahr 2009 unter 100 %; es sei denn die Rechnungen schliessen wider Erwarten hoch ab. Aufgrund weniger als der geplanten vorgenommenen Investitionen im 2004 wird der Durchschnitt des Selbstfinanzierungsgrades künstlich erhöht. Persönlich hält sie es für eine kurzfristige Politik sowie fragwürdig, für zwei Jahre den Steuerfuss zu senken, wohl wissend, dass er wieder erhöht werden muss. Im Vertrauen darauf, dass die Bürgerlichen Wort halten, wird die Fraktion mehrheitlich der Senkung zustimmen.

CVP: *H. Senn* macht deutlich, dass diese Debatte sich erübrigen würde, hätte der Gemeinderat beim Budget 2005 entsprechend reagiert. Die Steuern sind flexibel zu handhaben, auch für die Dauer von zwei Jahren. Wie Gemeinderat Saxer ausführte, wurde der Betrag der Steuereinnahmen erhöht, trotzdem besteht noch Spielraum. Auch ist der Investitionsplan, welcher davon ausgeht, dass 85 % der Projekte realisiert werden, zu optimistisch. Die Fraktion wird der Senkung überzeugt zustimmen.

Grüne/EVP: *K. Birkhäuser:* Nach Auffassung der Bürgerlichen gehört eingenommenes Steuergeld den Steuerzahlenden. Seiner Meinung nach steht dieses Geld jedoch der Gemeinschaft zu. Als vom Volk Gewählten ist es Aufgabe des Parlaments, diese Mittel sinn- und verantwortungsvoll zu verwenden. Und dazu gäbe es viele Möglichkeiten; hier einige Anregungen: Die Gemeinde könnte Land für Genossenschaftswohnungen kaufen oder die Kulturbeiträge an die Stadt Basel erhöhen, oder es könnte eine Temporärstelle in der Bauverwaltung für die Ortsplanrevision geschaffen werden. Die Beiträge an Familien für JMS-Kurse könnten erhöht oder ein neuer Flügel für den Kronenmattsaal angeschafft werden. Auch ein Impulsprogramm für familienexterne Betreuung von Kleinkindern wäre denkbar, usw.

FDP: *G. Metz:* Die Prognosen des Gemeinderats, welche als Beilage zum Finanzplan bezüglich Selbstfinanzierungsgrad abgegeben wurden, dürfen nicht tel quel als Fakten genommen werden. In der Basler Zeitung war kürzlich zum Standort der Life Sciences zu lesen, dass die Besteuerung hoch qualifizierter Mitarbeiter ein wesentlicher Faktor ist, ob sich eine Firma und Mitarbeitende in der Region ansiedeln oder nicht. Zu erwähnen ist, dass Binningen keine Schulden hat, dass keine Abschreibungen mehr möglich sind und 16 Mio. für Vorfinanzierungen vorhanden sind. Wenn die SP-Fraktion angeblich keine Steuern auf Vorrat erheben will, so ist jetzt eine Senkung vorzunehmen.

SVP: *U. Rediger:* Das gegenseitige Vertrauen ist positiv zu werten. Dem Votum von K. Birkhäuser möchte er entgegen halten, dass den Einwohnerinnen und Einwohnern erst dann das Geld aus der Tasche gezogen werden soll, wenn dies notwendig ist. Der Überschuss ist einer Minderheit zu verdanken, deshalb ist es korrekt, wenn diese von einer Steuersenkung wiederum am meisten profitieren. Günstige Steuern sind ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil.

SP: *A. Braun* hakt bei der Aussage von G. Metz betreffend BaZ-Artikel ein. Die erwähnten bestqualifizierten Personen schätzen auch ein hoch stehendes kulturelles Angebot besonders. Wenn Binningen wegen seiner niedrigen Steuern als Wohngemeinde attraktiv ist, hat sie auch eine grössere Verantwortung dafür, dass das vielfältige Kultur-Angebot in Basel erhalten bleibt.

SVP: *M. Trautwein* wendet ein, dass Basel-Stadt bekanntlich 78 Mio. verteilen kann. Es hiesse s. E. demnach Wasser in den Rhein tragen, wenn Binningen die Stadt unterstützen müsste.

Grüne/EVP: *M. Bänziger* wundert sich, dass die CVP-Fraktion sich einerseits stark macht für eine Steuersenkung, da sie andererseits befürchtet, dass bei Einführung des ILS gute Steuerzahler/innen aus Binningen wegziehen. Und ausserdem möchte sie aus persönlicher Erfahrung zum Thema Life Sciences festhalten, dass die Forschenden vor allem Doktoranden sind, welche gerade mal zwischen 1'800 und 2'300 Franken monatlich verdienen.

CVP: *H. Senn* antwortet, dass es vor allem auch seine Partei ist, welche sich entschieden dafür einsetzt, dass das ILS verhindert wird und diese Auswirkungen gar nicht erst eintreten.

Stellungnahme des Gemeinderats: J. Saxer gibt bekannt, dass bereits mit der schriftlichen Stellungnahme signalisiert worden ist, dass die Bereitschaft besteht, die Motion umzusetzen. Allerdings wäre diese Debatte vorzugsweise mit dem Budget zu führen gewesen. Zum Votum von M. Schmidli möchte er zu bedenken geben, dass es immer wieder einmal "Ausreisser" beim Selbstfinanzierungsgrad gibt. Es ergibt sich ein verfälschtes Bild, wenn von Prozentzahlen ein Durchschnitt berechnet wird. Vielmehr müssen über acht Jahre vom jeweiligen Cashflow die Nettoinvestitionen abgezogen werden, um den durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad in Prozent ermitteln zu können.

Mit deutlichem Mehr wird beschlossen:

://: 5.2 Der Vorstoss wird dem Gemeinderat überwiesen.

5.3 Dem Antrag der SP-Fraktion wird zugestimmt: Basierend auf den Prognosen des Strategischen Entwicklungs- und Finanzplans wird der Gemeinderat beauftragt, dem Budget 2008 wieder den Steuerfuss 48 % für die Einkommens- und Vermögenssteuer zugrunde zu legen.

Gemeinderat J. Saxer: In der Vorlage Nr. 72, werden die Auswirkungen einer Steuerfuss-Reduktion dargelegt. Beim beschlossenen Budget wurde von 38.3 Mio. Steuereinnahmen ausgegangen. Bei einem Steuerfuss von 46 % sinken diese auf 36.7 Mio. Der Verlust in der Laufenden Rechnung beziffert sich neu auf 2,8 Mio. Franken. Wie bereits erwähnt, wurde auch der Sockel bei den Steuereinnahmen um 1.5 Mio. angehoben. Es werden maximal 1.3 Mio. Verlust entstehen.

Detailberatung: entfällt

Mit 29 Ja, 6 Nein bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

://: 5.4 Der Steuerfuss der Einkommens- und Vermögenssteuer wird rückwirkend per 2005 auf 46 % festgesetzt und die übrigen Steuersätze bleiben unverändert.

Mit klarem Mehr wird beschlossen:

://: 5.5 Das Budget 2005 wird mit einem Defizit von CHF 2'834'295 genehmigt.

Traktandum 6**Geschäft Nr. 62**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.6.2005:

RückständeberichtEintreten:

FDP: *A. Eichenberger:* Beim Postulat der JLB, in welchem es um die Auslagerung von öffentlichen Aufgaben geht, ist die Fraktion der Überzeugung, dass hier weiteres Potenzial vorhanden ist, daher soll der Vorstoss nicht als erledigt erklärt werden. Hingegen wird die Fraktion dem zweiten Antrag des Gemeinderats auf Abschreiben des SP-Postulats zustimmen.

SVP: *F. Gerber* will ebenfalls das JLB-Postulat stehen lassen. Damit soll verhindert werden, dass das Anliegen in Vergessenheit gerät und der Gemeinderat weiterhin verpflichtet bleibt, Auslagerungspotenzial auszuschöpfen.

SP: *T. Rehmann* hingegen plädiert im Gegensatz dazu, das JLB-Postulat abzuschreiben und das SP-Postulat stehen zu lassen. Zwar wurde eine Parzelle im Meiriacker im Baurecht an eine Wohngenossenschaft abgegeben, doch möchte ihre Fraktion wissen, was bezüglich gemeinnützigem Wohnungsbau ausserdem angeblich geprüft wird.

Grüne/EVP: *R. Bänziger:* Inzwischen ist die Wohngenossenschaft "Papageno" entstanden. Bekanntlich wünscht sich Papageno in der Zauberflöte ein Mädchen oder Weibchen. Daher soll mindestens noch eine Wohngenossenschaft "Papagena" gegründet werden. Deshalb werden die Anträge der Vorrednerin unterstützt.

CVP: *H. Senn* erklärt, dass seine Fraktion den Anträgen des Gemeinderats folgen wird.

Stellungnahme des Gemeinderats: *C. Simon* verweist darauf, dass betreffend Outsourcing im letzten Herbst ein Zwischenbericht abgegeben wurde. Wie in der Vorlage erwähnt, prüft der Gemeinderat weitere Bereiche, welche ausgelagert werden könnten. Das Postulat erachtet er als verpflichtenden Dauerauftrag. Bezüglich Wohnungsbau wird ein konkretes Projekt am Schafmattweg verfolgt. Ein weiteres hängt von der Ortsplanungsrevision ab; es betrifft das ehemalige Areal der Gemeindegärtnerei. Eine Absichtserklärung bezüglich weiterer Wohngenossenschaften ist auch im Legislaturprogramm festgehalten.

Mit 19 Ja und 18 Nein bzw. mit 23 Ja und 14 Nein wird beschlossen:

://: **Folgende Vorstösse werden als erledigt abgeschrieben:**

- **Postulat JLB und weitere Mitunterzeichner: Sollen öffentliche Aufgaben durch Private ausgeführt werden? (Gesch. Nr. 24/VIII)**
- **Postulat SP-Fraktion: Kommunales Grundstück für gemeinnützigen Wohnungsbau (Gesch. Nr. 63/VIII)**

Traktandum 7**Geschäft Nr. 69**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2005:

Genehmigung von Abrechnungen diverser Bauobjekte und AnschaffungenEintreten:

Grüne/EVP: *R. Bänziger* freut es besonders, dass durch den Einbau von Energiesparlampen auf Strassen und Plätzen Einsparungen von jährlich 100'000 Franken an Stromkosten ausgewiesen sind. Auch die Unterhaltskosten dürften zehn mal geringer ausfallen. Die Abrechnungen werden genehmigt.

U. von Bidder hat festgestellt, dass viele der ausgeführten Objekte aus dem Jahr 2002 datieren und die Abrechnung somit reichlich spät vorliegt. Welches sind die Gründe?

Stellungnahme des Gemeinderats: *B. Gehrig* bestätigt, dass einige Projekte bis drei Jahre zurückreichen. Beim Geschäft Nr. 69 handelt es sich um eine Sammelvorlage. Der Arbeitsaufwand dafür ist hoch und hatte nicht erste Priorität. In Zukunft können Abrechnungen hoffentlich wieder früher vorgelegt werden.

Detailberatung: keine

Einstimmig wird beschlossen:

- ://:** 7.1 Von folgenden Abrechnungen, deren Abrechnungssumme unter dem bewilligten Kredit liegt oder gleich hoch ist, wird Kenntnis genommen:
- Objekt Nr. 1, Amtliche Vermessung, mit Gesamtkosten von CHF 279'575.— (Konto 100.581.01)
 - Objekt Nr. 2, Athletikhalle, Sanierung Boden und Beleuchtung, mit Gesamtkosten von CHF 132'939.80 (Konto 242.503.07)
 - Objekt Nr. 4, Strassenbau, div. Deckbeläge, mit Gesamtkosten von CHF 304'121.70 (Konto 620.501.01)
 - Objekt Nr. 5, Strassenbau, div. Erneuerungen, mit Gesamtkosten von CHF 243'758.60 (Konto 620.501.02)
 - Objekt Nr. 6, Strassenbeleuchtung, Energiesanierung, mit Gesamtkosten von CHF 256'297.50 (Konto 620.501.24)
 - Objekt Nr. 7, Werkhof, Fahrzeugersatz 2003, mit Gesamtkosten von CHF 196'616.— (Konto 620.506.01)
 - Objekt Nr. 8, Wasserleitung Im Wiesengrund, mit Gesamtkosten von CHF 156'974.85 (Konto 700.501.39)
 - Objekt Nr. 9, Wasserleitung Benkenstrasse, mit Gesamtkosten von CHF 277'797.80 (Konto 700.501.40)
 - Objekt Nr. 10, Wasserleitung Margarethenstrasse, mit Gesamtkosten von CHF 184'718.30 (Konto 700.501.41)
 - Objekt Nr. 11, Wasserleitung Neuhofweg, mit Gesamtkosten von CHF 62'337.20 (Konto 700.501.42)
 - Objekt Nr. 12, Wasserleitung Im Marteli, mit Gesamtkosten von CHF 231'987.60 (Konto 700.501.43)
 - Objekt Nr. 14, Wasserleitung Schlossgasse (Zone blau und Zone grün) mit Gesamtkosten von CHF 392'300.50 (Konten 700.501.45 und 700.501.46)

Mit klarem Mehr wird beschlossen:

- ://:**
- 7.2 Die Abrechnung von Objekt Nr. 3, Sportplatz, Festüberdachung, mit Gesamtkosten von CHF 180'368.80 wird genehmigt. Zu Lasten des Investitionskontos 344.503.03 wird ein Zusatzkredit von CHF 27'923.75 bewilligt.**
 - 7.3 Die Abrechnung von Objekt Nr. 13, Wasserleitung im Spiegelfeld, mit Gesamtkosten von CHF 215'992.20, wird genehmigt. Zu Lasten des Investitionskontos 700.501.44 wird ein Zusatzkredit von CHF 15'992.20 bewilligt.**
 - 7.4 Die Abrechnung von Objekt Nr. 15, Friedhof St. Margarethen, Bau einer Garage für Betriebsfahrzeuge, mit Gesamtkosten von CHF 177'580.20 wird genehmigt. Zu Lasten des Investitionskontos 740.503.03 wird ein Zusatzkredit von CHF 1'580.20 bewilligt.**
 - 7.5 Die Abrechnung von Objekt Nr. 16, Schloss Binningen, Kochherdersatz, mit Gesamtkosten von CHF 107'860.20, wird genehmigt. Zu Lasten des Investitionskontos 942.503.03 wird ein Zusatzkredit von CHF 7'860.20 bewilligt.**
 - 7.6 Die Abrechnung von Objekt Nr. 17, Sanierung Blumenstrasse 25, mit Gesamtkosten von CHF 147'152.65, wird genehmigt. Zu Lasten des Investitionskontos 942.503.10 wird ein Zusatzkredit von CHF 21'152.65 bewilligt.**

Traktandum 8

Geschäft Nr. 71

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.6.2005:

Liquidation der Wasserkasse

Eintreten:

FDP: *M. Bolleter* hält fest, dass seine Fraktion den Anträgen zustimmt. Insbesondere ist eine sehr gute Lösung für die Verwendung des verbleibenden Geldes gefunden worden.

SP: *D. Gorba* pflichtet dieser Aussage zu. Auch seine Fraktion wird die Anträge genehmigen.

SVP: *M. Trautwein* teilt diese Meinung und lobt ebenfalls namens seiner Fraktion die Idee des Ausgleichsfonds.

Detailberatung: entfällt

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Mati* macht darauf aufmerksam, dass es sich bei den in der Tabelle aufgeführten Zahlen um eine Prognose handelt und die Mittel demnach etwas früher oder später aufgebraucht sein könnten.

Einstimmig wird beschlossen:

- ://:**
- 8.1 Die Liquidation der Wasserkasse (Spezialfinanzierung Wasserversorgung) per 31.12.2005 wird beschlossen.**
 - 8.2 Die per 31.12.2005 verbleibenden Mittel werden in den Ausgleichsfonds zur Deckung der den IWB jährlich geschuldeten Investitionsbeiträge eingelegt.**

Traktandum 9**Geschäft Nr. 47**

Motion CVP-Fraktion vom 31.1.2005

ParkraumbewirtschaftungEintreten:

FDP: *W. Müller* gibt bekannt, dass sich seine Fraktion am Begriff "flächendeckende" Parkraumbewirtschaftung stört. Dies würde bedeuten, dass ganz Binningen zur blauen Zone mit Anwohnerparkkarte erklärt werden müsste. Im Übrigen werden das Anliegen und die Überweisung des Vorstosses jedoch unterstützt.

CVP: *M. Martig* dankt dem Gemeinderat für die rasche Stellungnahme. Selbstverständlich wird seine Fraktion der Überweisung der Motion zustimmen. Dem Antrag der FDP wird stattgegeben.

SVP: *E. Kohl* hat die gleichen Bedenken, wie sie vom FDP-Sprecher geäußert wurden. Ohne das Adjektiv flächendeckend würde auch ihre Fraktion der Überweisung zustimmen.

SP: *T. Rehmann* befürwortet für ihre Fraktion die Motion in unveränderter Form. Das Problem nimmt zu. Immer mehr Pendler parkieren ihre Autos allenthalben in Binningen, um dann per Tram oder Bus in die Stadt zu fahren.

FDP: *M. Bolleter* erläutert, dass es nicht sinnvoll erscheint, in einem entlegenen reinen Wohnquartier blaue Zone einzuführen.

Präsidentin V. Dubi orientiert, dass es den Motionären vorbehalten bleibt, das Wort zu streichen.

CVP: *H. Senn* erklärt nochmals, dass, das Wort "flächendeckend" gestrichen werden kann.

SP: *S. Zürcher* hält dies für problematisch und bezweifelt, wie die Gleichbehandlung der Einwohner/innen gewahrt werden soll. Ihm ist es ein Anliegen, dass jene, welche eine Parkkarte brauchen, auch nichts bezahlen müssen und diese Kosten durch die eingenommenen Parkgebühren gedeckt werden.

FDP: *M. Ziegler:* Betroffen sind vorwiegend jene Quartiere, welche im Umkreis des öffentlichen Verkehrsmittels liegen. Dass dort die Anwohner/innen mit Parkkarte auch in Zukunft parkieren können, ist in Ordnung. Die Gebühr für die Anwohnerparkkarte soll nicht als Einnahmequelle dienen, sondern eine Aufwandschädigung sein. Weshalb jedoch dieser Aufwand auch dort, wo es sich nicht aufdrängt, betrieben werden soll, ist nicht einzusehen.

Präsidentin V. Dubi verweist darauf, dass sich eine weitere Diskussion erübrigt, nachdem die Motionäre der Streichung des Wortes "flächendeckend" zugestimmt haben.

CVP: *K. Amacker* misst diesem Detail keine allzu grosse Bedeutung zu. Das Thema Parkraumbewirtschaftung ist ohnehin umfassend; und über das vom Gemeinderat vorzulegende Konzept wird im Rat jedenfalls noch diskutiert werden können. Und *H. Senn* ergänzt, dass jene Einwohner/innen, die eine Parkkarte benötigen werden, bisher ihrer Pflicht nicht nachkamen, einen eigenen Parkplatz zu erstellen. Dies schreibt das Baureglement seit einiger Zeit vor.

Stellungnahme des Gemeinderats: *C. Simon:* Das Reglement und die entsprechenden Pläne liegen fast fertig vor. Sie umfassen nicht das ganze Gemeindegebiet. Vorgesehen sind in erster Linie Zonen in der Talachse sowie gegen den Allschwiler Weiher und allgemein in der Umgebung von ÖV-Stationen. Das Projekt wurde aufgrund anderer Prioritäten zurück gestellt. Zudem verursacht die Einführung recht hohe Kosten, weshalb auf die Budgetierung für 2005 verzichtet wurde. Das Vorgehen ist wie folgt geplant: 1. Vorlage des Parkraum-Reglements im Herbst, 2. Präsentation der betreffenden Zonen, 3. Umsetzung in die Praxis, was wenige bauliche Massnahmen beinhaltet. In Basel-Stadt wird derzeit die Parkraumbewirtschaftung umgesetzt, was sich in Binningen sehr bemerkbar macht.

Mit 35 Ja, 1 Nein bei 1 Enthaltung wird beschlossen:

://: Die Motion wird dem Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 10

Geschäft Nr. 64

Postulat SVP-Fraktion vom 27.5.2005

Massnahmen gegen Plakatschändungen

Eintreten:

SVP: *M. Trautwein* ist der Ansicht, dass es einige Fantasie erfordert, um das Anliegen des Postulats so zu interpretieren, wie es der Gemeinderat tut. Festzuhalten ist, es wird keine permanente Bewachung der Plakate gefordert, sondern lediglich eine Erhöhung der Kontrolltätigkeit während der problematischen Zeiten, d. h. besonders freitags und samstags zwischen 24.00 und 03.00 Uhr. Dass dies nicht allein durch die Gemeindepolizei geschehen kann, ist selbstverständlich. Daher wurde eine Koordination mit der Kantonspolizei angeregt. Zudem wäre eine Verschärfung des Gesetzes durchaus denkbar. Wenn die Kantonsregierung an den Bundesrat gelangen würde, hätte dies mehr Gewicht. Bei der letzten Abstimmung wurde die SVP geschädigt. Das nächste Mal könnte es eine andere Partei treffen. Der Vandalismus nimmt zu; jüngste Beispiele die Dinosaurier in der Grün 80 oder gefällt Bäume in der Stadt. Es geht der Fraktion vor allem um die Prävention. Damit der Gemeinderat aktiv handeln muss, soll das Postulat überwiesen aber nicht abgeschrieben werden.

SP: *S. Zürcher* erachtet das angesprochene Problem als nicht derart gravierend, wenn Wahl- oder Abstimmungsplakate "verschönert" oder umgestaltet werden, dass die Polizei fast Tag und Nacht damit beschäftigt werden müsste. Auch hält er den Vergleich von zerstörten Wahlplakaten und den aufgeführten Beispielen als unangemessen. Auch seine Fraktion verurteilt Vandalismus.

U. Kunz ergänzt, dass Vandalismus ein gesellschaftliches Phänomen ist. Allerdings ist es denkbar, dass die SVP mit geschmacklosen Plakaten zur Schengen/Dublin-Abstimmung den Vandalismus geradezu provozierte.

SVP: *M. Trautwein* betont, dass von Zerstören und Diebstahl von Plakaten die Rede ist und nicht von Umgestalten. Wenn keine Grenzen gesetzt werden, wird der Vandalismus zunehmen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *B. Gehrig:* Leider ist es eine bedauerliche Tatsache, dass unabhängig vom Inhalt Plakate und Flyers beschädigt werden. Dies zu verhindern ist aber schlicht nicht möglich, weil sämtliche Plakate, auch solche mit Hinweisen auf Anlässe etc. geschützt werden müssten. Dies würde eine Aufstockung des Personals bei der Gemeindepolizei bedingen. Hingegen ist der Gemeinderat bereit zu veranlassen, gemeinsam mit der Kantonspolizei im Rahmen des Möglichen die Kontrolltätigkeit vor Abstimmungen zu intensivieren.

Mit 23 Ja, 10 Nein bei 4 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Das Postulat wird überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

Traktandum 11**Geschäft Nr. 63**

Interpellation vom 27.5.2005:

ILS auf Piste 34 des Flughafens Basel-Mulhouse

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Schuler:* Nachdem eine schriftliche Antwort vorliegt, hat sie keine Ergänzungen anzubringen.

CVP: *H. Senn* dankt für die sehr ausführlichen Erläuterungen. Positiv zu erwähnen ist, dass der Gemeinderat offenbar mit einem Konzept vorgeht. Weil seine Fraktion die Sache ernst nimmt, hat sie eine weitere Interpellation zu diesem Thema eingereicht.

Die Interpellanten erklären sich von der Antwort befriedigt.

Diverses

SP: *S. Zürcher* dankt der scheidenden Präsidentin für die grosse Arbeit, welche sie im vergangenen Amtsjahr geleistet hat.

Auch *V. Dubi* bedankt sich ihrerseits beim Rat und dem Verwaltungspersonal für die angenehme Zusammenarbeit. Sie hofft, dass in Zukunft die Redezeit eingehalten wird und die Voten kurz und prägnant gehalten werden. Dem neuen Präsidenten sowie der Vizepräsidentin wünscht sie alles Gute und viel Erfolg für das bevorstehende Amtsjahr.